

TÜRKEI

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In den letzten Monaten sah sich die Türkei immer größeren gesellschaftlichen und politischen Spannungen sowie einer rasant abbauenden wirtschaftlichen Lage gegenüber. Die anstehenden Wahlen sorgten für eine verstärkte politische Polarisierung und die hohe Inflationsrate und Lira-Abwertung erhöhten aus Sicht vieler Menschen die Dringlichkeit des politischen Wandels. Zum ersten Mal seit langem bestand für das oppositionelle Lager die Hoffnung auf Veränderung, die sich allerdings durch den knappen Wahlsieg von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan schließlich nicht erfüllte.

Infolge der Erdbeben am 6. Februar 2023, deren Epizentrum sich in der Nähe der Stadt Gaziantep befand, kamen laut offiziellen Angaben 50 000 Menschen auf türkischem Staatsgebiet ums Leben. Etwa eine Million Menschen sind obdachlos geworden und müssen in Zelten und Notunterkünften untergebracht werden. Zusätzlich wurde durch die Naturkatastrophe eine große Welle an Binnenmigration ausgelöst. Die Beben hatten auch politische Auswirkungen, denn viele Gebäudeeinstürze hätten durch eine bessere Bauweise verhindert werden können. So wurde beklagt, dass durch Bauamnestien unsichere Gebäude im Nachgang zertifiziert wurden und die Bergungsarbeiten nach den Erdbeben unkoordiniert waren und zu spät kamen. Gleichwohl hatte das Erdbeben in der Summe keine relevanten Auswirkungen auf das Wahlergebnis.

In naher Zukunft wird der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine große Rolle spielen. Das stellt das Land vor finanzielle Schwierigkeiten und vor die Gefahr der schwierigen Arbeitsbedingungen eines solchen Unterfangens.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Auch nach dem Ende der Covid-Pandemie befindet sich die türkische Wirtschaft in einer sehr schwierigen Situation. Geld-

politische Entscheidungen im Frühjahr 2020 sorgten zwar für eine kurzfristige wirtschaftliche Belebung nach den starken Einschränkungen von März und April. Doch sie mündeten seit August 2020 in einer erneuten Abwertung der Türkischen Lira, die durch die Niedrigzinspolitik der türkischen Zentralbank im Oktober erneut verstärkt wurde. Das gleiche Vorgehen sorgte im Jahr 2021 für eine immer schnellere Entwertung der Lira gegenüber Dollar und Euro und, befeuert durch gestiegene Importpreise, zu einer Rekordinflation. Diese wird vom nationalen Statistikinstitut für den März 2023 mit 50,51 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat angegeben. Unabhängige Institute gehen allerdings im März von einer Inflationsrate von 112,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat aus. Entgegen orthodoxer Theorien und den Markterwartungen wurden auch in der Folgezeit die Leitzinsen nicht erhöht. Ende 2022 senkte die türkische Zentralbank die Leitzinsen auf 9 Prozent. Es war die vierte Leitzinssenkung in Folge. Die Konsequenz ist ein immer weiter anhaltender Anstieg der Inflation und eine zunehmende Verarmung der Bevölkerung. Zwar ist den offiziellen Zahlen des Türkischen Statistikinstituts zufolge die Arbeitslosigkeit im Januar 2023 auf 9,7 Prozent zurückgegangen (bei 20,2 Prozent Jugendarbeitslosigkeit), zugleich stagniert jedoch die Gesamtzahl der Beschäftigten. Dass sich dies nicht in der Arbeitslosenquote niederschlägt, liegt daran, dass als arbeitslos nur gezählt wird, wer sich aktiv um eine Beschäftigung bemüht.

Der Mindestlohn in der Türkei wurde zuletzt im Januar 2023 auf ca. 8500TL (etwa 408€) im Monat erhöht. Dieser liegt deutlich unter der Grenze von 9425TL, wie sie vom Gewerkschaftsbund Türk-İş als »Hungergrenze« für eine vierköpfige Familie ermittelt wurde, geschweige denn der Armutsgrenze, die für eine vierköpfige Familie bei etwa 30 700TL liegt.

Während der Pandemie wurden von türkischen Arbeitnehmer*innen die tatsächliche oder drohende Arbeitslosigkeit als größtes Problem wahrgenommen. Dies ermittelte das Forschungszentrum des Gewerkschaftsdachverbands DISK. Verschärft wird der durch die Wirtschaftskrise und die Pandemieeffekte verursachte Einkommensverlust durch die hohe und immer weiter ansteigende Inflation. Diese war bereits im

Herbst 2018 aus dem Ruder gelaufen, als die Türkische Lira stark an Wert verlor. Wie beschrieben, ist die offizielle Inflationsstatistik sowohl im Hinblick auf ihre Aussagekraft als auch ihre Zuverlässigkeit hochgradig umstritten. Doch selbst die offiziellen Daten weisen darauf hin, dass seit einigen Jahren die Nahrungsmittelinflation sowie die Teuerung der Dinge des alltäglichen Bedarfs deutlich über er allgemeinen Inflationsrate liegen. Gerade die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen müssen einen überproportionalen Teil ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Das niedrige Organisationsniveau (14,42 Prozent) der türkischen Gewerkschaften liegt zum Teil an den restriktiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Gesetzgebung. Andererseits liegt es aber auch daran, dass die Arbeitnehmer*innen die Funktionen und Aufgaben der Gewerkschaften nicht genügend kennen. Dies stellte zuletzt 2018 eine Studie der Forschungsabteilung des gewerkschaftlichen Dachverbands DISK fest. Bei den meisten regierungsnahen Gewerkschaften treten die Mitglieder gleichzeitig mit ihrer Position im Betrieb in die Gewerkschaft ein. Die Beiträge werden gesetzlich automatisch von ihren Gehältern abgezogen. Eine hohe Anzahl von Arbeitnehmer*innen hat keinerlei Einfluss in Prozessen der Mitbestimmung.

Der zunehmende politische Druck auf die Meinungsfreiheit lässt wenig Raum für die Artikulation gewerkschaftlicher Positionen in den staatlich gelenkten Medien. Vor allem das Fernsehen, das von regierungsnahen Sendern dominiert wird, ist meinungsbildend für einen Großteil der Arbeitnehmer*innen. Nicht zuletzt aus diesem Grund konnten die Gewerkschaften bei der Bestimmung des Mindestlohns ihre Positionen nicht durchsetzen. In einem Bericht zum Mindestlohn, der Ende 2022 erschien, erklärte der linke Gewerkschaftsdachverband DISK, dass der Mindestlohn 2022 bei ca. 10000TL hätte liegen müssen, wäre er im Einklang mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen gestiegen (diese Analyse steht im Kontrast zu dem Ende 2022 festgelegten Mindestlohn von 8500TL). Die Diskrepanz zwischen der in dem Bericht genannten Zahl und dem aktuellen Mindestlohn spricht auch für eine wachsende Ungleichheit in der Türkei.

Auf der Agenda der oppositionellen Gewerkschaften standen im Jahre 2022 Forderungen wie das Beenden des de facto-Streikverbots, Arbeitsgesundheit und Sicherheit, Erhöhung des Mindestlohns, die Frage des Status der Arbeiter*innen in den Subunternehmen und die Ratifizierung der ILO-Konvention 190 gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz. Ein Dauerthema in der Türkei ist der von Gewerkschaften geäußerte Vorwurf, dass von den Gehältern der Arbeitnehmer*innen abgezogene Beiträge zum Arbeitslosigkeitsfonds zweckentfremdet werden. Statt, wie eigentlich vorgesehen, an die Arbeitslosen ausgezahlt oder für die Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet zu werden, würden die Gelder in von Arbeitgebern entwickelte Initiativen investiert. Die Besteuerung des Mindestlohns, die hohe Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, Kommunikation, Elektrizi-

zität und Wasser sind ebenfalls Streitthemen. Hinzu kommen die immer wieder geäußerten Beschwerden, dass das Recht auf Organisation und Streik unterlaufen werde. Bezüglich einiger Forderungen wurden zwar gesetzliche Verbesserungen beschlossen, die Umsetzung erweist sich jedoch als mangelhaft.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Im Jahr 2022 hat die İSİG, eine Initiative gebildet aus NGOs und Gewerkschaften, 1 843 tödliche Arbeitsunfälle registriert. Die Initiative erklärt, dass es sich dabei jedoch nur um eine Mindestanzahl handeln kann, da bereits 30 Prozent der Todesfälle der İSİG nur über Arbeitskolleg*innen oder Angehörige berichtet wurden. Die staatliche Statistik reflektiert dagegen nur eine wesentlich kleinere Opferzahl und wurde von progressiven Akteuren als nicht glaubwürdig bewerte. Als Branchen mit den höchsten tödlichen Unfällen werden 2022 die Landwirtschaft, das Baugewerbe und das Verkehrswesen angegeben.

Zu dem problematischen Thema Arbeitsbedingungen der Geflüchteten haben sich die türkischen Gewerkschaften nach wie vor noch nicht hinreichend aktiv eingebracht. Auch die sozialdemokratische Oppositionspartei CHP, die traditionell eine bessere Beziehung zu den Gewerkschaften hat, betont in ihrer Flüchtlingspolitik weiterhin vor allem das Thema der Rückkehrmöglichkeiten in die Heimatländer. Laut dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Kemal Kılıçdaroğlu sollen alle syrischen Geflüchteten innerhalb der nächsten Jahre zurück in ihr Herkunftsland geschickt werden. Wie realistisch die Umsetzung dessen ist, ist allerdings umstritten.

GEWERKSCHAFTEN IN DER TÜRKEI – DATEN UND FAKTEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in der Türkei beginnt Anfang der 1950er Jahre. Die juristischen Grundlagen für die Gründung einer Gewerkschaft wurden 1947 gelegt. Fünf Jahre später gründete sich die TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften) als erster Gewerkschaftsbund. Das dafür zugrunde gelegte Gesetz sah jedoch weder ein Recht auf Tarifverhandlungen, noch ein Streikrecht vor. Die Position des Dachverbandes sollte über der Parteipolitik stehen und war eher regierungsfreundlich.

Drei Jahre nach dem Militärputsch von 1960 wurden die Gewerkschaftsgesetze Nr. 274 und 275 über Tarifverhandlungen, Streiks und Aussperrungen verabschiedet. Darin wurde das Recht auf Streiks und Tarifverhandlungen anerkannt, wodurch die Gewerkschaften in den 1960er und 70er Jahren wachsen konnten. Nach dem Militärputsch von 1980 kam mit einer neuen Verfassung ein restriktiveres Gewerkschaftsgesetz, das 2012 reformiert wurde. Die wesentlichen Probleme der Gesetzgebung von 1980 wurden dabei jedoch nicht behoben.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In der Türkei gibt es eine strikte Unterscheidung zwischen »Arbeiter*innen« und »Beamt*innen«. Beide Kategorien arbeiten auf der Grundlage unterschiedlicher Gesetze (Nr. 4857 und Nr. 657) und können sich gemäß unterschiedlicher Gesetze (Nr. 6356 und Nr. 4688) auch nur entweder in »Arbeiter*innengewerkschaften« oder in »Beamt*innengewerkschaften« organisieren. Der größte Unterschied im Arbeitsrecht zwischen Arbeiter*innen und Beamten*innen ist die größere Beschäftigungssicherheit von Beamten*innen, die jedoch mit einem Streikverbot einhergeht. Die TÜRK-İŞ ist weiterhin der größte Gewerkschaftsbund der Türkei, obwohl ihr Anteil seit 2013 von 71 Prozent auf 57 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder in der Türkei zurückging.

Die Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DİSK) wurde 1967 nach einem Streik in einer Glasfabrik gegründet, der zur Spaltung innerhalb des TÜRK-İŞ geführt hatte. Die DİSK steht der »klassenorientierten Gewerkschaftstradition« nahe und verortet sich klar im linken Lager. Nach dem Militärputsch von 1980 hat DİSK einen großen Teil ihrer Mitglieder an TÜRK-İŞ verloren, da sie bis 1991 verboten war. Die beiden DİSK Mitgliedsorganisationen *Genel-İş* und *Birleşik Metal-İş* machen über 73 Prozent der Gesamtmitgliedszahl aus. Zum Abschluss von Tarifverträgen sind fünf der 22 Mitgliedsorganisationen autorisiert.

1976 wurde die Konföderation der »wahren« Arbeiter*innengewerkschaften HAK-İŞ gegründet, die für einen nicht-konfrontativen Kurs und einvernehmliche Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen steht. Im Vergleich zu DİSK konnte die HAK-İŞ ein Jahr nach dem Putsch, also bereits 1981, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Die Führung von HAK-İŞ favorisiert gewerkschaftliche Arbeit, die auf sozialem

Dialog basiert und sie ist stolz, dass in jüngerer Zeit das Konzept weitgehende Akzeptanz in der Arbeiter*innenbewegung findet. Die »ideologische« Nähe zu der Regierungspartei AKP kann ihr rapides Wachstum insbesondere ab 2010 erklären. In den 1980er Jahren gab es zwar immer noch keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für gewerkschaftliche Aktivitäten der Staatsbediensteten, aber mit Berufung auf maßgebliche internationale Übereinkommen zur Vereinigungsfreiheit forderte man das demokratische Recht auf Gründung von Gewerkschaften ein. Den Anfang machten dabei in den frühen 90er Jahren die Lehrer*innen und die Angestellten der Kommunen. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung wurde ein Rat zur Gründung eines Dachverbandes der Beamten*innengewerkschaften eingesetzt, der in einer Reihe landesweiter Demonstrationen, Märschen, Hungerstreiks und Arbeitsniederlegungen für das Recht auf Vereinigung und Tarifverhandlungen kämpfte. 1995 trugen diese Anstrengungen Früchte mit einer Verfassungsänderung, die Staatsbediensteten das Recht auf Vereinigung gewährte.

In den 1990er Jahren entstanden dann die drei gegenwärtig größten gewerkschaftlichen Dachverbände der öffentlich Bediensteten: Türkiye Kamu-Sen (1992), KESK (1995) und Memur-Sen (1995). Die Beamten*innengewerkschaften teilen sich ebenfalls entlang ideologischer Fronten. Türkiye Kamu-Sen steht der Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) nahe, KESK versteht sich als links und Memur-Sen steht der AKP nahe. Derzeit gibt es laut offiziellen Angaben von 2020 ca. 2,7 Mio. Beamten*innen in der Türkei.

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lehnte 2006 und 2011 zwei Mal den Mitgliedschaftsantrag von Memur-Sen ab, weil die Unabhängigkeit von Memur-Sen als Gewerkschaftsdachverband als zweifelhaft angesehen wird. Während des Ausnahmezustandes von Juli 2016 bis Juli 2018

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Türkei

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ (Konföderation türkischer Gewerkschaften)	Ergün Atalay	1 269 725	EGB, IGB
Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu, HAK- İŞ (Konföderation der »wahren« Arbeitergewerkschaften)	Mahmut Arslan	785 297	EGB, IGB
Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu, DİSK (Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaft)	Arzu Çerkezoğlu	230 500	EGB, IGB
Memur Sendikaları Konfederasyonu, MEMUR-SEN (Konföderation der Beamten*innengewerkschaften)	Ali Yalçın	1 054 642	–
Türkiye Kamu Çalışanları Sendikaları Konfederasyonu, KAMU- SEN (Konföderation der Öffentliche Arbeitergewerkschaften der Türkei)	Önder Kahveci	526 684	–
Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu, KESK (Konföderation der Gewerkschaften der öffentlichen Arbeitnehmer)	Mehmet Bozgeyik / Şükran Kablan Yeşil (Co-Vorsitzenden)	150 338	EGB, IGB

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Türkei

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hizmet-İş (Dienstleistungsgewerkschaft)	Hak-İş	Mahmut Arslan	256 625	PSI, EPSU
Türk Metal (Türkische Metallgewerkschaft)	Türk-İş	Pevrul Kavlak	258 928	IndustriAll, IndustriAll Europe-
Özsağlık-İş (Gewerkschaft der Gesundheit- und Sozialarbeiter*innen)	Hak-İş	Devlet Sert	199 587	–
Genel-İş (Türkische Gewerkschaft der allgemeinen Dienstleistungsarbeiter*innen)	DİSK	Remzi Çalışkan	130 041	PSI, EPSU
Belediye-İş (Türkische Gewerkschaft der kommunalen und allgemeinen Dienstleistungsarbeiter*innen)	Türk-İş	Nihat Yurdakul	119 845	PSI, EPSU,
Tez-Koop-İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro und bildende Künste der Türkei)	Türk-İş	Haydar Özdemiroğlu	112 578	IndustriAll, IndustriAll Europe
Koop İş (Gewerkschaft für Handel, Genossenschaft, Bildung, Büro-Arbeiter*innen)	Türk-İş	Eyüp Alemdar	118 168	UNI, UNI Europa

wurden knapp 126 000 Beamt*innen entlassen. Ein Bericht der KESK von 2017 stellt fest, dass 67 Prozent der entlassenen Beamt*innen Gewerkschaftsmitglieder waren. Die oppositionelle und regierungskritische KESK litt seit 2012 unter Verhaftungen und Gerichtsverhandlungen. 2012 wurden 72 KESK-Mitglieder und Funktionär*innen mit der Anschuldigung, Kontakt zur PKK zu haben, verhaftet. Ein Jahr später wurden sie alle entlassen, doch das Verfahren dauerte bis 2017 an. Nach einem KESK-Bericht wurden während des Ausnahmezustandes 66 KESK-Mitglieder und Funktionär*innen verhaftet, 4 218 haben ihre Arbeit verloren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Während der Militärdiktatur zwischen 1980 und 1983 wurden zwei sehr einschränkende Gewerkschafts- und Tarifvertragsgesetze erlassen, die ab 1983 in Kraft traten. Durch diese Gesetze wurde es wesentlich schwieriger, Gewerkschaftsorganisationen in neuen Unternehmen aufzubauen, wodurch auch der Organisationsgrad der Gewerkschaften ständig fiel. Erst durch den Druck der Gewerkschaften, der EU und der ILO kam es zu einer Debatte über ein neues Gewerkschaftsgesetz.

Das neue Tarifvertragsgesetz von 2012 beinhaltet einige Fortschritte wie beispielsweise bei der Gründung von Gewerkschaftsorganisationen sowie internen Funktionen von Gewerkschaften. Jedoch blieben viele Einschränkungen des früheren Gesetzes, etwa zum Streikrecht, erhalten. Durch dieses Gesetz ist die Bevollmächtigung zu Tarifverhandlungen für neu organisierte Gewerkschaften nach wie vor schwierig. Bis heute benötigt man für das Mandat zu Tarifverhandlungen eine Mindestmitgliedschaft von 50 Prozent der Belegschaft in einem Unternehmen. Bei Unternehmen mit mehreren Be-

triebsstätten wurde dies auf 40 Prozent gesenkt. Wenn diese Hürde überwunden ist, sieht sich die Gewerkschaft einer gesetzlichen Regulierung gegenüber, die sich auf die jeweilige Branche bezieht. Die Gewerkschaft muss 1 Prozent aller Arbeiter*innen in ihrer Branche als Mitglied registriert haben, bevor sie als tariffähig gilt. Dies bedeutet in manchen Branchen, dass eine Gewerkschaft erst mindestens 40 000 Mitglieder registrieren muss, um tarifberechtigt Verhandlungen zu führen.

Doch nicht nur die einzelnen Hürden wie die Autorisierung zu Tarifverhandlungen sind problematisch, sondern der gesamte Mechanismus. Auch wenn eine Gewerkschaft beide Hürden überwindet, beim Ministerium die Autorisierung beantragt und diese dann auch erhält, kann der Arbeitgeber dagegen klagen. Gewerkschaften sind nicht berechtigt zu Tarifverhandlungen bevor das Gericht entscheidet, was mehrere Jahre dauern kann.

Beamt*innen erhielten durch die Änderungen des Gesetzes zu staatlichen Arbeitgebervereinigungen und Tarifverträgen Nr. 4 688 erstmals das Recht auf Kollektivverhandlungen. Seitdem wurde alle zwei Jahre ein Tarifvertrag unterzeichnet. Die Verhandlungen sind auf einen Monat begrenzt und das Streikverbot für Beamt*innen besteht fort. Wenn sich beide Seiten während der Verhandlungen nicht einigen können, fällt eine spezielle Schiedsstelle die Entscheidung. Die Regierung bestimmt die meisten Mitglieder dieser Schiedsstelle.

Nach dem Militärputschversuch im Juni 2016 wurde das Streikrecht weiter eingeschränkt. Auf Druck der Opposition hob das Verfassungsgericht 2014 das generelle Streikverbot im öffentlichen Nahverkehr und dem Bankwesen auf. Doch dieses wurde durch eine Ausnahmezustandsverordnung im

Tabelle 3
Verbotene Streiks der letzten 20 Jahre (2003–2023)

Jahr	Unternehmen	Teilnehmerzahl	Gewerkschaft
2003	Petlas	350	Petrol-İş
2003	Şişecam	5000	Kristal-İş
2004	Şişecam	5000	Kristal-İş
2004	Pirelli, Goodyear, Bridgestone	5000	Lastik-İş
2005	Erdemir Mining	400	T.Maden-İş
2014	Şişecam	5800	Kristal-İş
2014	Çayırhan and Çollolar Coal Mines	1500	T. Maden-İş
2015	Turk Employers Association of Metal	15000	Birleşik Metal-İş
2017	Asil Steel	600	Birleşik Metal İş
2017	Employers of Electromechanical Metal	2200	Birleşik Metal İş
2017	Akbank	14000	Banksis
2017	Şişecam	6500	Kristal-İş
2017	Mefar Pharmaceuticals	500	Petrol-İş
2018	Turkish Employers Association of Metal Industries (MESS)	130 000	Türk Metal, Birleşik Metal ve çelik-İş
2018	Soda Sanayi A.Ş.	540	Petrol-İş
2019	İzban	343	Demiryol İş
2020	Soda Sanayii A.Ş.	557	Petrol_İş
2022	Bekaert	400	Birleşik Metal-İş
2022	Bekaert	560	Özçelik-İş
2023	Schneider Enerji	350	Birleşik Metal-İş
Gesamt		194 600	

November 2016 wieder einkassiert. Dementsprechend kann die Regierung Streiks im öffentlichen Nahverkehr und Bankwesen verbieten, wenn sie eine »Gefährdung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität« darstellen.

Seit Anfang 2017 hat die Regierung Streiks von ungefähr 150 000 Beschäftigten verboten. Aufgrund der steigenden Zahl von Streikverboten und der Inhaftierung von Gewerkschaftsfunktionären wurde die Türkei auch in 2022 vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) als eines der zehn Länder mit den schlechtesten Bedingungen für Gewerkschaften bezeichnet. Die Repressionen trafen nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle progressiven und demokratischen Kräfte des Landes.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften in der Türkei haben zwei unterschiedliche Gesetzesrahmen: einen für den privaten Sektor und einen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften agieren in diesem Kontext je nach ihrer ideologischen Überzeugung. Die Türkei hat keinen Einzeldachverband und die Zersplitterung

schwächt die Gewerkschaften sowohl auf Branchen- als auch auf Unternehmens- und Betriebsebene. Sie schaffen es kaum, die gesetzlichen Hürden zu überwinden, um tariffähig zu sein.

In der Türkei ist es gesetzlich nicht möglich, Betriebsgewerkschaften oder Berufsgewerkschaften zu gründen. Der Staat bestimmt 20 Branchen und jede*r Arbeitnehmer*in im privaten Sektor ist einer dieser Kategorien zugeordnet. Arbeitnehmer*innen dürfen nicht in einer Gewerkschaft aus einer anderen Branche Mitglied werden. Die Mitgliedschaften sind im Gegensatz zu den Datenschutzprinzipien nur durch ein Online-System über den Staat zu registrieren. Unter anderem, weil es in der Türkei keine gesetzlich geregelten Betriebsräte gibt, bereiten die Gewerkschaften die Tarifverträge sehr umfangreich vor und die Verhandlungen können lange dauern. In den Fällen, bei denen die Arbeitgeber einen Verband gründen und zusammen agieren, können die Gewerkschaften Gruppenverträge verhandeln und – wenn es dazu kommt – Gruppenstreiks organisieren. In den meisten Fällen reichen die Kapazitäten der Gewerkschaften nicht aus, um die Arbeitnehmer*innen aus kleinen Betrieben zu organisieren. In der Türkei haben rund 60 Prozent aller Betriebe eine Belegschaft von weniger als 50 Personen.

Die unabhängigen und eher links verorteten Gewerkschaften in der Türkei äußern sich immer wieder zu wichtigen gesellschaftspolitischen Themen. Sie spielen fast immer eine Rolle bei politischen Massenbewegungen wie z. B. Demonstrationen am 1. Mai, Friedensbewegungen oder den Gezi-Protessen von 2013. TÜRK-İŞ ist der Gewerkschaftsdachverband mit der größten Zahl von Mitgliedern im privaten Sektor. Während der Vorstand als regierungsnah gilt, sind einzelne Mitglieds-gewerkschaften durchaus kämpferisch.

Offiziell sind alle Gewerkschaften Mitglied des staatlichen »Sozial- und Wirtschaftlichen Rates«. Dieser ist aber erst wenige Male zusammengetreten und bleibt ein ineffizienter Mechanismus des sozialen Dialogs.

Die internationale Arbeit der türkischen Gewerkschaften geschieht meistens über ihre Dachverbände. Es existiert eine Zusammenarbeit mit der ILO, den EU-Institutionen oder auch eine branchenspezifische internationale Zusammenarbeit. Trainingsmaßnahmen und Weiterbildungen für die Mitglieder sind die Aufgaben der Branchengewerkschaften.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Zwischen Januar 2013 und Januar 2023 stieg die Zahl der Arbeitergewerkschaftsmitglieder von knapp 1 Million auf knapp 2,3 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg im Privatsektor der Anteil organisierter Beschäftigter an der Gesamtbeschäftigung von 9,2 Prozent auf 14,42 Prozent. Der Anstieg der Mitgliederzahlen änderte auch die Gewerkschaftslandschaft. Hak-İş konnte in großem Umfang Mitglieder hinzugewinnen, im Gegensatz dazu sank der Anteil der Mitglieder von Türk-İş und DISK. Mit den gewerkschaftlich organisierten 2 Millionen Beamt*innen sind knapp 4,3 Millionen Menschen Mitglied in einer Gewerkschaft bei einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 31,5 Mio. Menschen. Trotz aller Hindernisse zeigen sich hier das Potenzial und die Machtressourcen der Gewerkschaften. Es gibt einige Beispiele, bei denen die Arbeiter*innen von Subunternehmen und Gewerkschaften Druck auf die Regierung ausgeübt und sie gezwungen haben, dass die Arbeiter*innen direkt bei den Stadtverwaltungen angestellt werden. Von dieser Regelung profitierten knapp eine Million Beschäftigte bei öffentlichen Arbeitgebern.

Wird als Gradmesser für den politischen Einfluss der Gewerkschaften nach wie vor das Ausmaß der Veränderungen von Regierungsverhalten genommen, ist klar zu konstatieren, dass der Einfluss der Gewerkschaften in den 1990er Jahren stärker war als heute. Im Zeitraum von 1989–1995 reagierten die Gewerkschaften auf die gewerkschaftsfeindliche Politik und Konjunkturprogramme der Regierung mit Großdemonstrationen, Märschen und Streiks. Weiterhin gehören die DİSK, KESK und zum Teil die Türk-İş zu den oppositionellen Kräften in der Türkei. HAK-İŞ sowie die beiden Beamt*innengewerkschaften Memur-Sen und Kamu-Sen sind auf »Regierungslinie«.

Innergewerkschaftliche Rivalitäten sind stark ausgeprägt, nicht nur zwischen Mitgliedsorganisationen verschiedener Gewerkschaftsbünde, sondern auch – wenn auch weniger –

innerhalb desselben Dachverbandes. Sehr unwahrscheinlich ist daher auch eine Fusion von Gewerkschaften derselben Branche angesichts tief verwurzelter Differenzen zwischen den Gewerkschaftsbünden.

Henrik Meyer, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Türkei, Istanbul

Cihan Hüroğlu, Projektkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Istanbul

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.